



Tod einer Aktivistin – UN fordern Aufklärung nach Polizeischüssen in Minneapolis

Die Tötung von Renee Nicole Good durch einen Beamten der US-Einwanderungsbehörde ICE hat eine landesweite Protestwelle ausgelöst und diplomatische Reaktionen hervorgerufen. Die Vereinten Nationen verlangen nun eine unabhängige Untersuchung. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf das zunehmend aggressive Vorgehen von Bundesbehörden unter der Regierung Trump.

Ein umstrittener Polizeieinsatz mit tödlichem Ausgang

Am 7. Januar 2026 wurde Renee Nicole Good, eine 37-jährige US-Bürgerin, in Minneapolis (Minnesota) von einem Beamten des Immigration and Customs Enforcement (ICE) erschossen. Die Tötung ereignete sich im Rahmen einer groß angelegten Operation zur Festnahme mutmaßlich irregulärer Migranten, die von der Bundesregierung unter Donald Trump koordiniert wurde. Good befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem Fahrzeug in der Nähe des Einsatzortes und soll laut ICE versucht haben, den Beamten mit ihrem Auto zu behindern oder zu rammen – eine Darstellung, die von Videomaterial und Zeugenaussagen weitgehend widerlegt wird.

Die Tötung Goods löste sofort eine Welle von Demonstrationen aus. In Minneapolis versammelten sich Hunderte Menschen, um gegen Polizeigewalt und das Vorgehen der Einwanderungsbehörde zu protestieren. Über das Wochenende weiteten sich die Proteste auf weitere Großstädte wie New York, Los Angeles und Boston aus.

UN pochen auf internationale Standards im Umgang mit Gewalt

Am 13. Januar 2026 reagierte das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Genf mit einem klaren Appell: Es bedürfe einer „schnellen, unabhängigen und transparenten Untersuchung“ der Umstände, die zum Tod Goods führten. „Nach internationalem Menschenrecht ist der gezielte Einsatz tödlicher Gewalt nur als letztes Mittel erlaubt, wenn eine unmittelbare Bedrohung für Leib und Leben vorliegt“, erklärte UN-Sprecher Jeremy Laurence.

Zwar hat das FBI offiziell eine Untersuchung eingeleitet, doch bestehen Zweifel an der Unabhängigkeit und Transparenz des Verfahrens. Mehrere lokale Politiker, darunter der Bürgermeister von Minneapolis Jacob Frey, fordern eine parallele Untersuchung durch den Staat Minnesota. Der Zugang der staatlichen Ermittlungsbehörde zu relevanten Beweisen sei bislang vom FBI blockiert worden, hieß es aus dem Justizministerium des Bundesstaats.

Politischer Kontext: ICE-Operationen unter Trump auf dem Prüfstand



Tod einer Aktivistin – UN fordern Aufklärung nach Polizeischüssen in Minneapolis

Der Fall Good reiht sich ein in eine Serie zunehmend aggressiver Einsätze der Bundespolizei ICE, die unter Präsident Trump wiederholt zur Zielscheibe politischer und juristischer Kritik geworden ist. In Minneapolis wurden seit Dezember 2025 über 200 Personen bei Razzien festgenommen, die teilweise ohne Rücksprache mit lokalen Behörden stattfanden.

Die Stadt Minneapolis sowie der Bundesstaat Minnesota haben unterdessen Klage gegen die Bundesregierung eingereicht. Die Argumentation: Die Aktionen des ICE verletzten sowohl verfassungsrechtlich garantierte Zuständigkeiten der Bundesstaaten als auch bürgerrechtliche Standards im Umgang mit Verdächtigen. Renee Nicole Good galt als prominente Aktivistin, die wiederholt auf Missstände im Einwanderungssystem aufmerksam gemacht hatte. Laut ihrer Familie nahm sie an einer friedlichen Mahnwache gegen die ICE-Razzien teil, als sie erschossen wurde.

Donald Trump verteidigte die Vorgehensweise der Bundesbeamten in mehreren Stellungnahmen und bezeichnete Good öffentlich als „gefährliche Störerin“. Seine Sprecherin Karoline Leavitt ging noch weiter und nannte sie „eine psychisch instabile Extremistin“. Diese Wortwahl hat die Empörung unter zivilgesellschaftlichen Gruppen weiter angefacht.

Die Familie der Getöteten hat unterdessen zur Deeskalation aufgerufen, aber zugleich betont, dass „Gerechtigkeit nur durch Transparenz und Verantwortungsübernahme erreicht werden kann“. Die Anwaltskanzlei der Familie hat bereits rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung angekündigt.

Wie die Ermittlungen weiter verlaufen und ob eine unabhängige Untersuchung tatsächlich zustande kommt, bleibt offen. Klar ist jedoch: Der Fall Renee Nicole Good könnte sich zu einem weiteren Wendepunkt im Umgang der USA mit polizeilicher Gewalt und Migrationspolitik entwickeln.

Autor: Andreas M. Brucker